



## Abschlusserklärung

*Am 16.02.2003 fand in Bonn unter dem Titel „Südkurdistan: Entwicklungen, Perspektiven und Chancen“ eine von NAVEND - Zentrum für Kurdische Studien e.V. organisierte Veranstaltung statt.*

*An der Sitzung nahmen Vertreter von kurdischen Parteien und Organisationen sowie kurdische Persönlichkeiten teil, insgesamt etwa 70 Personen. Metin Incesu, Vorsitzender von NAVEND e.V., führte in das Thema ein, anschließend berichteten Dr. Ahmad Berwari (Vertreter der PUK) und Mohamed Amin Delawe (Vertreter der KDP) über die aktuelle Lage im Irak und Kurdistan. Nach intensiver Beratung und Diskussion wurden die Tagungsergebnisse zu folgender Erklärung an die Öffentlichkeit zusammengefasst:*

Bonn, 04.03.2003

## **Zum Hintergrund**

Nach dem Ende des Zweiten Golfkrieges kam es im März 1991 in Kurdistan-Irak (Nordirak) zu einem Volksaufstand, der von der Republikanischen Garde Saddam Husseins niedergeschlagen wurde. Eine Flucht von Millionen Kurden in die umliegenden Berge setzte ein. Die Angst vor irakischen Vergeltungsmaßnahmen trieb die Bevölkerung ganzer Städte in die noch verschneiten Grenzregionen zum Iran und zur Türkei. Monatelang beherrschten Bilder der Flüchtlinge, die unterernährt und frierend in provisorischen Lagern lebten, die Medien. Der UN-Sicherheitsrat verurteilte in seiner Resolution Nr. 688 zur „Notlage der unterdrückten irakischen Zivilbevölkerung“ vom 5.4.1991 die „in vielen Teilen Iraks, insbesondere auch in allerjüngster Zeit in den kurdischen Siedlungsgebieten stattfindende Unterdrückung der Zivilbevölkerung“. Auf Grund dieser dramatischen Lage errichteten die Alliierten eine Schutzzone für die Kurden bis zum 36. Breitengrad, die ca. die Hälfte des kurdischen Siedlungsgebietes in Kurdistan-Irak umfasst.

Die Durchführung freier Wahlen und die Bildung einer regionalen Regierung aus PUK und KDP im Jahre 1992 stellten einen vielversprechenden Neubeginn dar.

In den letzten 12 Jahren sind in den unter kurdischer Verwaltung stehenden Gebieten des Irak demokratische Strukturen und eine unabhängige Verwaltung aufgebaut worden. Heute gibt es in kurdisch verwalteten Gebieten vielfältige freie Medien sowie Respektierung der Rechte von Minderheiten. Zahlreiche Infrastruktur- und Entwicklungsprojekte wurden in Angriff genommen, zum Beispiel im Bereich Erziehungs- und Gesundheitswesen, die Kindersterblichkeit ist auf den bisher niedrigsten Stand zurückgegangen. Kommunalwahlen fanden in der Region Suleymaniya im Jahre 2000 und in der Region Hewler (Erbil), Zakho und Dohuk am 26. Mai 2001 statt.

Die Differenzen zwischen den kurdischen Parteien, der Demokratischen Partei Kurdistans (KDP) und der Patriotischen Union Kurdistans (PUK), sind inzwischen beigelegt. Das kurdische Parlament in der Region Kurdistan-Irak trat erstmals seit 1994 am 4.10.2002 wieder zusammen unter Teilnahme der beiden großen Fraktionen, der KDP und der PUK.

## Kommuniqué

1. Seit 1979 regiert Saddam Hussein im Irak. Saddam Hussein ist ein äußerst skrupelloser und aggressiver Diktator. Er hat stets Ambitionen gezeigt, die Region zu beherrschen, und sein Streben nach biologischen und atomaren Waffen macht ihn für seine unmittelbaren und mittelbaren Nachbarstaaten gefährlich. Er war verantwortlich für den langen Krieg gegen den Iran 1980-1988 und für die Invasion Kuwaits 1990. Er schreckte auch nicht vor dem Einsatz chemischer Waffen zurück, weder im Iran-Irak-Krieg noch gegen die eigene Bevölkerung.

Saddam Hussein ist verantwortlich für den Tod von rd. einer Million irakischer Bürgerinnen und Bürger. Von den etwa 22 Millionen Einwohnern des Irak sind über vier Millionen Menschen ins Ausland geflüchtet. Zu seinen Gräueltaten zählen unter anderem :

- der Mord an ca. 5.000 Einwohnern der kurdischen Stadt Halabja im März 1988,
- im Rahmen der sog. "Anfal-Kampagne" zwischen Februar und September 1988 wurden über 182.000 Kurdinnen und Kurden ermordet. (Die irakische Regierung hat 100.000 Ermordete zugegeben). Die Opfer wurden deportiert und entlang ausgehobenen Massengräber erschossen.
- die Zerstörung von über 4.000 kurdischen Dörfer, deren Einwohner vertrieben wurden,
- die Verschleppung von 8.000 dem Barzani-Stamm angehörenden männliche Einwohner nahe der Stadt Erbil durch Spezialeinheiten der Republikanischen Garde des Irak-Regimes im Jahre 1983; diese sind seitdem spurlos verschwunden,
- die Ausbürgerung und Vertreibung von 150.000 Mitglieder der Faili-Kurden, die schiitische Religionsangehörigkeit sind, in den Jahren von 1970 bis 1989. Die Betroffenen wurden zu Ausländern erklärt, ihr Eigentum konfisziert und in den Iran abgeschoben. Noch bis heute sind 10.000 "Faili-Kurden" spurlos verschwunden.

Willkür und Gewalt sind noch immer an der Tagesordnung. Die Politik der ethnischen Vertreibung dauert bis heute an. In den unter der Kontrolle des Saddam-Regimes stehenden Regionen, z.B. Kirkuk, Khanqin, Sinjar (Shengal) und Sheikhan wird die kurdische Bevölkerung vertrieben, und es werden Personen arabischer Abstammung angesiedelt. 93.257 Personen wurden allein in Kirkuk von April 1991 bis Ende 1999 vertrieben.

Saddam Hussein trägt die Verantwortung für Völkermord und Willkürherrschaft. Er ist einer der größten Massenmörder unserer Zeit. Die Vereinten Nationen sind aufgerufen, die erforderlichen Schritte einzuleiten, um ein internationales Tribunal zu errichten, damit Saddam Hussein wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit belangt werden kann.

2. Die TeilnehmerInnen haben Verständnis für den Wunsch nach Frieden und die tiefe Sorge der deutschen Bevölkerung, die in den Friedensdemonstrationen zum Ausdruck kommt. Sie vermissen jedoch in diesen Demonstrationen die Verurteilung des Saddam-Regimes

und die Solidarität mit den Opfern dieser Diktatur. Es wird verkannt, dass die Baath-Diktatur bereits seit Jahrzehnten einen Krieg gegen die eigene Bevölkerung führt. Eine friedliche Lösung des Konfliktes, die Vermeidung ziviler Opfer ist wünschenswert; eine Verharmlosung von Saddam Hussein ist jedoch verhängnisvoll und gänzlich ungeeignet, den Frieden in der Region zu befördern.

3. Die Argumentation von Teilen der Friedensbewegung unter dem Schlagwort "Kein Blut für Öl" ist nach Auffassung der TeilnehmerInnen wenig überzeugend. Tatsächlich deckt die USA nämlich lediglich 14 % ihres gesamten Ölverbrauchs durch Lieferungen aus dem Golf. Weniger Ölreichtum in den Händen der arabischen Staaten würde zudem in der Tat weniger Geld für die radikalen Islamisten bedeuten und hätte insoweit günstige Auswirkungen im Hinblick auf die Bekämpfung des islamistischen Terrorismus.
4. Friedenswillen allein genügt nicht, um einen Krieg zu verhindern. Auch ist es nach Auffassung der TeilnehmerInnen ein Irrtum zu glauben, Saddam Hussein sei mit den Mitteln der Diplomatie zu bändigen oder werde sich auf längere Sicht kontrollieren lassen. Weder Inspektionen noch Resolutionen werden das Problem wirklich lösen können. Es gibt keine Anzeichen für eine Verbesserung der Menschenrechtslage.
5. Die TeilnehmerInnen bedauern, dass es an ernsthaften Konzepten für eine nichtmilitärische Lösung des Konfliktes ebenso fehlt wie an Strategien für eine zukünftige Entwicklung des Irak. Sie warnen vor der Vorstellung, man könne den Irak einfach sich selbst überlassen. Dies würde nur dazu führen, dass die kurdische Bevölkerung abgeschlachtet würde. Auch eine Beibehaltung des Status quo - einschließlich Embargo und Schutzzone - ist jedenfalls auf Dauer weder wünschenswert noch möglich. Es kann darüber hinaus nicht im Interesse der Bundesrepublik Deutschland sein, am Status quo eines zum Zusammenbruch verurteilten Regimes festzuhalten. Vielmehr ist ein wirklicher Wandel im Irak erforderlich.
6. Die weit verbreitete Auffassung, dass ein „Krieg gegen den Irak“ eine Destabilisierung der Region hervorrufen würde, geht davon aus, dass die jetzige Lage stabil sei. Sie ist gleichzeitig Ausdruck einer unkritischen Haltung gegenüber islamistischen und anderen extremistischen Strömungen im arabischen Raum. Tatsächlich aber steckt die arabische Welt in einer tiefen Krise. Eine Beendigung der Herrschaft Saddam Husseins würde daher umgekehrt die Stabilität in der Region fördern und endlich eine Chance eröffnen, auch Veränderungen in der übrigen arabischen politischen Landschaft im Sinne einer Demokratisierung zu erreichen.
7. Ebenso wird die Wahrscheinlichkeit einer "Balkanisierung" bzw. des Zerfalls in ethnische Gruppen in der deutschen Öffentlichkeit weit überschätzt. Diese Befürchtung beruht auf einer mangelnden Kenntnis und Analyse der Situation im Irak, die mit der etwa im ehemaligen Jugoslawien gerade nicht vergleichbar ist.
8. Die Vorstellung, die "arabischen Massen" könnten sich mit Saddam Hussein als "Symbol arabischen Widerstands gegen westliche Vorherrschaft" identifizieren, ist ebenso wenig realistisch. Dies war weder der Fall nach dem Golfkrieg noch nach der Befreiung Afghanistans von den Taliban. Es ist eher mit jubelnden Iraker zu rechnen, wenn die Diktatur

verschwunden ist. Die vielbeschworene arabische oder muslimische Einheit ist ohnehin eine bloße Fiktion.

9. Eine Eskalation im israelisch-palästinensischen Konflikt - wie häufig befürchtet - ist ebenfalls nicht zu erwarten. Im Gegenteil: Auch für die Lösung des Nahostkonfliktes stellt Saddam Hussein eines der Haupthindernisse dar. So rühmt er sich dessen, jede Familie von palästinensischen Selbstmordattentätern mit 20.000 EUR zu unterstützen, und fördert auf diese Weise die Eskalation des Terrors. Die Baathregierung steht zudem an der Spitze derjenigen Regime, die ihre Herrschaft durch die Notwendigkeit der Rüstung gegen Israel legitimieren.
10. Die TeilnehmerInnen fordern eine internationale Konferenz für den Nahen und Mittleren Osten, um gerechte Lösungen für die Konflikte in der Region zu finden.
11. Die Haltung der jetzigen Bundesregierung gegenüber der zukünftigen Entwicklung des Irak ist geprägt von Hilflosigkeit und Konzeptlosigkeit. Die rot-grüne Bundesregierung hat nach dem Eindruck der TeilnehmerInnen bisher keine glaubwürdigen Anstrengungen bzgl. der Umsetzung der UNO-Resolutionen und für eine demokratische Umwandlung im Irak unternommen. Bundesaußenminister Fischer wird vielmehr nicht müde, die Risiken einer "Destabilisierung der ganzen Region" zu beschwören. Die TeilnehmerInnen nehmen bedauernd zur Kenntnis, dass dies einhergeht mit einer mangelnden Gesprächsbereitschaft der Mitglieder der Bundesregierung gegenüber den führenden Köpfen der irakischen Opposition bzw. der kurdischen Parteien. Demgegenüber hatte der vorherige Bundesaußenminister, Dr. Klaus Kinkel, den Führer der Patriotischen Union Kurdistans, Herrn Jalal Talabani, empfangen.
12. Die TeilnehmerInnen sind darüber befremdet, dass in der öffentlichen Diskussion in Deutschland der irakischen Opposition und den Opfern des Saddam-Regimes nur wenig Raum eingeräumt wird. Verschiedentlich (so z.B. Ulrich Schneckener, "Vermutete und zweifelhafte Zeugenaussagen", FR 20.2.03) ist sogar zu beobachten, dass Berichte der irakischen Opposition - beispielsweise über Kontakte zwischen Bagdad und Al Qaida bzw. dem islamistischen Terrorismus - mit dem Argument diskreditiert werden, "diese Quellen seien mit Vorsicht zu genießen", da "sie ein eigenes Interesse an einer US-Invasion im Irak haben". Die TeilnehmerInnen wehren sich dagegen, dass damit den Hauptopfern des Saddam-Regimes die Glaubwürdigkeit abgesprochen wird. Sie erinnern daran, dass auch erst nach dem Golfkrieg von 1991 die Dimension der sog. "Anfal-Kampagne" und des Völkermordes an den Kurden deutlich geworden ist. Die TeilnehmerInnen betonen im Übrigen, dass die Kurden keinen Einfluss auf die Entscheidung über Krieg und Frieden im Irak haben. Sie weisen darauf hin, dass die kurdische Bevölkerung seit Jahren unter dem Krieg leidet wie kein anderes Volk.
13. Die TeilnehmerInnen begrüßen die Beschlüsse der irakischen Opposition vom 13.-16.12.2002 in London, und unterstützen insbesondere deren Bestreben, einen säkularen und föderalen irakischen Staat auf der Grundlage einer pluralistischen parlamentarischen Demokratie zu errichten. Sie unterstützen die Forderung der kurdischen Parteien, dass der Irak aus zwei föderalen Staaten bestehen soll, wobei der kurdische Bundesstaat die Bezirke Suleymaniya, Hewler (Erbil), Dohuk, Kirkuk und die Kreise Akre, Sheikan, Sinjar, Ti-

lafar, einen Teil von Diyala (Khaqin, Mendeli) und Mossul (Zimar, Baashiqa, Qosh, Askikalak) sowie Waset (Cesan, Bedre) umfassen soll.

14. Die TeilnehmerInnen begrüßen ferner den Beschluss des kurdischen Parlaments in der Region Kurdistan-Irak vom 4.10.2002, spätestens nach neun Monate neue Parlamentswahlen durchzuführen. Ebenso begrüßen sie den Beschluss der Nationalversammlung Kurdistan-Irak zur Wiedervereinigung der bisher getrennten Verwaltungsstrukturen und zur Bildung einer Übergangsregierung. Darüber hinaus unterstützen sie den von dem Ausschuss des kurdischen Parlaments im Oktober 2002 verabschiedeten Verfassungsentwurf für die kurdische Region, dem die kurdischen Organisationen mit großer Mehrheit zugestimmt haben.
15. Die TeilnehmerInnen erklären, dass der geplante Einsatz eines amerikanischen Militärgouverneurs in den kurdisch verwalteten Gebieten nicht akzeptabel ist. Das einzige und höchste Gremium der Legislative in den kurdisch verwalteten Gebieten ist vielmehr das kurdische Parlament.
16. Die TeilnehmerInnen begrüßen die Initiative der 32 amerikanischen Senatoren, die in einem Brief an den amerikanischen Präsidenten zum Ausdruck gebracht haben, dass die demokratischen Errungenschaften des kurdischen Volkes im Irak geschützt werden sollen, und sie von dem amerikanischen Präsidenten erwarten, dass er die Stabilität und Souveränität der Region sichert.
17. Die TeilnehmerInnen zeigen sich besorgt angesichts der Absichten der türkischen Regierung, mit ca. 50.000 Soldaten in das Selbstverwaltungsgebiet der Kurden im Nordirak einzumarschieren und die Erdölstädte Kirkuk und Mossul zu besetzen. Eine türkische Einmischung und Besetzung der kurdischen Gebiete im Irak ist durch nichts gerechtfertigt und daher abzulehnen. Das Argument der türkischen Seite, sie müsse verhindern, dass die Kurden im Nordirak einen eigenen Staat ausrufen, entbehrt jeder Grundlage, da die kurdischen Parteien im Irak die staatliche Einheit und die Verwaltung der Ölreserven durch die Zentralregierung anerkannt haben. Auch die von der Türkei behauptete Notwendigkeit, die Minderheitengruppe der Turkmenen zu schützen, ist nicht stichhaltig. Die kleine turkmenische Minderheit in der von den Kurden selbstverwalteten Region genießt vielmehr weit gehende Minderheitenrechte, von denen die Kurden in der Türkei nicht einmal zu träumen wagen. Eine türkische Intervention birgt vielmehr unabsehbare und unkalkulierbare Risiken, sie würde insbesondere eine Herausforderung an die anderen regionalen Mächte wie z.B. den Iran darstellen. Angesichts der Menschenrechtsverletzungen an Kurden in der Türkei ist zu befürchten, dass die geplante Intervention eine Bedrohung für den weiteren Aufbau der demokratischen Strukturen der kurdischen Verwaltung darstellt.
18. Die TeilnehmerInnen schließen sich der Forderung der kurdischen Parteien an die Bundesregierung an, Gasmasken, giftgassichere Plastikzelte, Medikamente, Instrumente zur Behandlung von Giftgasopfern sowie Spezialisten, die die bedrohten Menschen auf den Ernstfall eines Giftgasangriffes vorbereiten, zur Verfügung zu stellen. Sie fordern von der Bundesregierung, diesen Wünschen zu entsprechen.

19. Die TeilnehmerInnen unterstützen ferner die Forderung von Teilen der irakischen Opposition an die Bundesregierung, im Falle eines Sturzes des Saddam-Regimes Hilfen zur Verfügung zu stellen für eine De-Baathifizierung sowie für die Entwicklung von Konzepten für föderale Strukturen im Irak.

*gez.*

*Metin Incesu*

Für weitere Informationen stehen wir Ihnen jederzeit zur Verfügung.